

Beschluss des Landrats vom 12.01.2023

Nr. 1941

7. Fragestunde der Landratssitzung vom 12. Januar 2023 2022/682; Protokoll: ps

1. Robert Vogt: Polizeimeldungen

Keine Zusatzfragen.

2. Peter Riebli: Ladendiebstähle in Liestal

Peter Riebli (SVP) hat zwei Zusatzfragen: *Wie viele Personen – aufgeteilt nach Männern und Frauen – befinden sich im Asylzentrum und wie viele sind wegen delinquentem Verhalten bereits in andere Anstalten verschoben worden? Wenn der Druck nachlässt, soll das Asylzentrum vorzeitig geschlossen werden, jedoch wird eine andere Unterkunft gesucht. Wird diese wieder in einer Stadt oder eher an einem abgelegeneren Ort sein, wie beispielsweise dem Glaubenberg?*

Anita Biedert (SVP) hat eine Zusatzfrage: Die Rednerin wurde vorhin beinahe von Polizisten überrannt, die gerade einen Delinquenten verfolgten. Sie hat in Liestaler Geschäften nachgefragt und könnte viel darüber erzählen. *Hat die Kantonspolizei klare Anweisungen, Personen, die identifiziert werden könnten und von denen Fotoaufnahmen vorliegen, in die Rubrik «Anzeige gegen unbekannt» aufzunehmen, gibt es dafür eine gesetzliche Grundlage?*

Dieter Eppe (SVP) hat eine Zusatzfrage: *Welche Alternativen wie Zutrittskontrollen sind vorhanden, welches Gesamtkonzept ist vorgesehen?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) kann die von Peter Riebli gewünschten Zahlen nicht aus dem Stegreif nennen und wird abklären, welche Zahlen nachgeliefert werden können.

[vgl. [Nachtrag](#)]

Die Zusammenarbeit mit dem Bund (dem Staatssekretariat für Migration SEM) ist sehr intensiv, ebenso mit der Stadt. Es wurden grosse Fortschritte erzielt und die Situation hat sich verbessert, was die KMU auch konstatiert haben.

Zu alternativen Standorten: Sehr lange gab es in der Gemeinde Muttenz ein Bundesasylzentrum. Auch der Gemeinderat legte Wert auf attraktive Aussenräume, damit das Areal nicht verlassen werden musste. Dies funktionierte in Muttenz sehr gut. Abgelegene Standorte haben auch grosse Nachteile. Der Struktur der Unterkunft muss grosse Beachtung geschenkt werden. Die Unterkunft hier in Liestal ist nicht ideal, aber der Druck war gross und der Kanton wollte Hand bieten. Die Unterkunft wird am 31. März 2023 geschlossen, gibt es weniger Flüchtlinge, würde die Schliessung allenfalls vorgezogen. Aber im Moment hat sich die Situation noch nicht entspannt.

Zu den weiteren, technischen Fragen werden die Antworten nachgeliefert. [vgl. [Nachtrag](#)]

Zum Gesamtkonzept: Es gibt seitens SEM Vorgaben für die Führung eines Zentrums: Es gibt Zutrittskontrollen und bei den delinquenten Personen wird reagiert. Es handelt sich um eine sehr betriebstechnische Frage, für welche der Bund zuständig ist.

3. Stefan Degen: Verkehrsüberlastung Gelterkinden Sissach

Stefan Degen (FDP) stellt zwei Zusatzfragen: *Um wie viel müsste der Verkehr zunehmen, damit die Strategie geändert wird? Im Moment befindet man sich im dauerhaften Krisenmodus – zuerst gab es die Pandemie und es ist nicht klar, was als nächstes kommt. Wie soll in Zukunft unter-*

schieden werden, ob es sich um eine Ausnahmesituation handelt oder nicht? Vielleicht gibt es demnächst als Folge des Treibstoffmangels zuwenig Verkehr und eine starke Zunahme beim öV.

Markus Graf (SVP) hat eine Zusatzfrage: Der Bus 105 führt morgens und abends zu einem Zusammenbruch des Verkehrs, weil er regelmässig mitten auf der Strasse hält. Dies wirkt sich zum Teil bis nach Rünenberg, Tecknau oder Ormalingen aus. *Ist ein Probeversuch vorgesehen, den Busbetrieb für eine Weile einzustellen und zu schauen, wie sich dies auswirkt?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt, der Dauerkrisenmodus sei weder gut für den Kanton noch für die Bevölkerung. Es sollte versucht werden, aus diesem Modus herauszukommen. Unbestritten ist, dass die Pandemie eine Krise war und zu einer Veränderung in der Abwicklung des Verkehrs geführt hat. Es ist sinnvoll, abzuwarten, ob sich das Ganze wieder einpendelt oder sich eine dauerhafte Veränderung ergibt – Stichwort Homeoffice. Dieses kann einen Einfluss haben; allerdings bedeutet Homeoffice nicht, dass die Leute zu Hause sitzen. Eine Änderung erfordert viel Zeit, weshalb es wichtig erscheint, sich Zeit zu nehmen, um zu prüfen, was tatsächlich notwendig ist. Was getan wird, wurde in der Antwort ausgeführt.

Zur Frage vom Markus Graf: Würde der öV eingestellt, wäre dies nicht gut für das Strassennetz. Dies möchte wohl niemand. Die beiden Systeme helfen einander: Ein gutes Angebot im öV bedeutet weniger Verkehr auf den Strassen. Es erscheint keine gute Idee, den Bus 105 einzustellen. Die Auswirkungen erscheinen zudem nicht so dramatisch wie beschrieben, denn der Bus fährt nicht alle zehn Minuten.

4. Christina Jeanneret-Gris: Tridemie

Christina Jeanneret-Gris (FDP) hat eine Zusatzfrage zu den Einreisetests der chinesischen Touristen: Aus wissenschaftlicher Sicht sind keine Tests nötig, der Bundesrat ist dieser Empfehlung gefolgt. Die Rednerin hat dazu ihre Vorbehalte. Es wäre ideal, zumindest ein Monitoring zu haben, um zu wissen, welche Virusvarianten es gibt. *Hat die GDK auch eine Meinung dazu oder werden noch Diskussionen mit dem Bundesrat geführt?* Die Schweiz wird ein Hotspot sein für einreisende Chinesen ohne Tests; die danach ohne Test in den Schengen-Raum weiterreisen können. Die EU wird darüber wohl nicht so erbaut sein.

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erklärt, aus rein wissenschaftlicher Sicht ist es so, wie die Vorrednerin gesagt hat. Die GDK ist mit dem Bundesamt für Gesundheit in Kontakt. Die gesetzlichen Grundlagen für Einreisemassnahmen sind nicht gegeben. Die Grenzkontrollen liegen in der Kompetenz des Bundes. Bisher wurden neben der Variante BF.7, die es in der Schweiz bereits gibt, keine weiteren Mutationen festgestellt, die als «variants of concern» betrachtet werden müssten, was eine Voraussetzung für zusätzliche Einschränkungen im internationalen Personenverkehr wäre. Es wurden auch keine Varianten festgestellt, welche die Immunität der hiesigen Bevölkerung gefährden würden. Letztlich handelt es sich beim Umgang mit diesem Thema jedoch um eine politische Frage.

5. Caroline Mall: Fehlendes Pflegefachpersonal an den Spitälern, auch im Baselbiet?

Caroline Mall (SVP) hat eine Zusatzfrage: Infolge der Annahme der Pflegeinitiative muss rasch gehandelt werden. In den nächsten Tagen soll über ein Projekt informiert werden. *Wer informiert und erfolgt dies über eine Medienmitteilung? Was ist gemeint mit «Verbesserungen der Arbeitsumfeldfaktoren»?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) verweist auf Art. 117b der Bundesverfassung, der auf den verschiedenen Staatsebenen umgesetzt werden müsse. Es wird morgen eine Information

geben zu einem Projekt, an welchem vier Direktionen bzw. Departemente beteiligt sind: federführend die beiden Gesundheitsdirektionen Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie das Erziehungsdepartement Basel-Stadt und die BKSD. Es geht darum, mittel- und längerfristig gemeinsam mit der OdA und den Fachgesellschaften sowie Pflegeverbänden das Projekt voranzubringen. Demnächst soll eine Einladung zur Mitarbeit an die entsprechenden Verbände verschickt werden. Bei den Arbeitsumfeldfaktoren geht es um Schichtpläne, Vereinbarkeit von Beruf und Familie etc. Die Generation Z, mit Jahrgängen zwischen 1995-2010, stellt andere Anforderungen an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Pflegeleiterin hat dem Redner berichtet, wenn eine Bewerberin sagt, sie könne am Dienstag- und Mittwochabend wegen Volleyballtraining und Singen nicht arbeiten, wird sie trotzdem angestellt und versucht, die Einsatzpläne entsprechend zu gestalten. Ansonsten wird sie von einem anderen Anbietenden angestellt. Es braucht viel Flexibilität und einen grösseren Mitteleinsatz. Dies führt zur Thematik der Tarifsysteme, in welchen solche Aspekte noch nicht abgedeckt sind. Das Projekt wird noch über Jahre beschäftigen. Es wird aufgezeigt, was der Kanton bereits unternommen hat, insbesondere zusammen mit der OdA.

6. Caroline Mall: Fachkräftemangel

Caroline Mall (SVP) hat eine Zusatzfrage: *Wie viel des Mangels in den 15 Berufen kann mit der zunehmenden Zuwanderung aus Drittstaaten abgedeckt werden?*

Peter Riebli (SVP) hat eine Zusatzfrage: Vor allem in den medizinischen Berufen herrscht ein Fachkräftemangel. Früher hiess es Personalproblem. Bezüglich der Spitäler hört man das seit 25 Jahren. Es ist nicht gelungen, in dieser Zeit den Personalproblem zu stoppen. *Was macht den Regierungsrat zuversichtlich, dass dies in den nächsten zwei, drei Jahren gelingen wird?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) führt aus, das Thema der Aktivierung des Zuwanderungspotenzials sei vor allem auf Bundesebene anzugehen. Es gibt Länder im angelsächsischen Raum, welche die Politik auf den Arbeitsmarkt ausrichten. Zu dem Drittstaatenkontingent: Wie bekannt ist, gibt es auf den Philippinen viele gut ausgebildete Pflegenden, die gerne in Europa arbeiten würden. Dies steht jedoch den aktuellen Zuwanderungsregeln ein Stück weit entgegen. Dies ist auf Bundesebene anzugehen.

Die Zuversicht des Regierungsrats, dass das Personalproblem in den nächsten zwei Jahren gelöst wird, ist sehr gering. Es handelt sich um langfristige Projekte. Wird ein Ausbildungsgang ange- setzt, benötigt dies lange Vor- und Nachlaufzeiten. Es konnten Ausbildungsplätze geschaffen werden, jedoch muss dafür gesorgt werden, dass die Personen auch im Beruf bleiben und nicht nach der Lehre frustriert anderswohin arbeiten gehen. Hier stellt sich wieder das Generation-Z-Problem; das Gleiche stellt man auch im Fahrdienst des öV, bei der Polizei und im Gastronomiebereich fest – überall dort, wo Schicht gearbeitet wird und es keine geordneten Arbeitszeiten gibt. Es ist sehr schwierig, die Leute zu motivieren. Die Zuversicht ist beschränkt, aber dennoch braucht es grosse Anstrengungen, die Leute zu motivieren, in diesen Berufen zu bleiben.

Caroline Mall (SVP) präzisiert ihre Frage. Angesichts der zunehmenden Zuwanderung, die stattfindet: Mit wie vielen Fachkräften rechnet der Regierungsrat, welche diese Stellen besetzen können – exklusiv aus Drittstaaten?

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) klärt die Zahlen beim KIGA ab. [vgl. [Nachtrag](#)] Die Arbeitsmarktfähigkeit ist nicht bei allen gegeben. Personen aus Syrien waren schwieriger in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und kamen selten aus diesen Berufen. Bezüglich der Ukraine- flüchtlinge gibt es Statistiken, aber es ist nicht so, dass das Gros der Zuwandernden direkt eingesetzt werden kann.

Ronja Jansen (SP) hat eine Zusatzfrage. Das Problem besteht in allen Bereichen, wo es Schichtarbeit gibt. Im Kanton Zürich wurde bei einem Spital die Arbeitszeit reduziert, um attraktiver zu sein. *Wäre das eine Option im Kanton Basel-Landschaft, um sicherzustellen, dass es genügend Arbeitskräfte für die Schichtarbeit gibt?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) hält fest, dies sei eine Option, aber den Entscheid müsse der Arbeitgeber treffen. Ein Privatspital, das mit Erträgen von Zusatzversicherten rechnen kann, kann dies allenfalls tun, ein öffentliches Spital hingegen kann die zusätzlichen Kosten nicht über die Tarife abdecken. Es stellt sich die Frage der Finanzierung und ob der politische Wille vorhanden ist, dies zu tun.

7. **Caroline Mall: Pwg-Reinach Beschäftigungsprogramm für Sozialhilfebezüger. Warum kein Beschäftigungsprogramm für Menschen der Substitution-Abgabestelle SAE Reinach?**

Caroline Mall (SVP) hat eine Zusatzfrage: Die Rednerin sieht keine Verbesserungen, was sie traurig stimmt. Seit September 2022 wurde diese Tagesstruktur für Sozialhilfeempfänger implementiert. In Reinach gibt es auch suchtkranke Menschen, die keinen Rahmen haben, um auf andere Gedanken zu kommen. *Weshalb wird dies für diese Menschen nicht ebenfalls angeboten?* Eine Einbindung dieser Menschen wäre doch ebenfalls möglich, unabhängig davon, ob es sich um eine Kantons- oder Gemeindeaufgabe handelt.

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, es gebe ein System, womit überprüft wird, wer solche Beschäftigungsprogramme anbieten darf. Es handelt sich um eine Qualitätskontrolle. Erhält eine Institution die Approbation, darf sie Beschäftigungsprogramme anbieten. Die pwg hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Bei der Substitutionsabgabestelle ist dies nicht erfolgt. Zudem sind unterschiedliche Systeme zu beachten: Bei der pwg Reinach geht es um Personen, die bereits Sozialhilfe beziehen. Die Substitutionsabgabestelle betreut nicht zwingend sozialhilfebeziehende Personen. Beziehen sie Sozialhilfe – das ist die Voraussetzung –, können sie sich für das Beschäftigungsprogramm anmelden. Viele Leute sind jedoch nicht auf Sozialhilfe oder Beschäftigungsprogramme angewiesen, sondern lassen sich beraten oder holen Informationen ab. Wenn eine Person, die weder Sozialhilfe bezieht noch im ersten Arbeitsmarkt tätig ist und nach einem Rahmenprogramm sucht, so kann dies allenfalls über die psychiatrischen Kliniken oder eine andere Betreuungsinstitution gelöst werden. Der Redner wird nochmals abklären, ob allenfalls etwas für diejenigen Leute getan werden kann, die durch die Maschen fallen. [vgl. [Nachtrag](#)]

8. **Jan Kirchmayr: ChatGPT**

Jan Kirchmayr (SP) hat eine Zusatzfrage: Mit ChatGPT sind sowohl die Uni und die FHNW als auch die Schulen konfrontiert. Der Redner hat auch bereits einen Text erhalten, der gut und über dem Niveau geschrieben war, das er erwartet und kennt. Der Umgang damit ist nicht geregelt. Es gibt im Moment keine Richtlinien und es ist auch nicht beabsichtigt, solche zu erarbeiten, sondern soll weiter beobachtet werden. *Wann kommt eine solche Richtlinie, die dringend nötig ist? Welches ist der Zeitplan für die Umsetzung einer solchen Richtlinie?* Es soll nicht jede Schule ihre eigenen Regeln aufstellen.

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt, im Moment würden die Entwicklungen an den Volksschulen sowie auf Sekundarstufe II beobachtet. Die Fragen nach den rechtlichen Auswirkungen werden gestellt. Es gibt im Moment noch keinen Zeitplan. Ergibt sich ein Problem, wird entsprechend reagiert und es werden Richtlinien ausgearbeitet. Ein Zeithorizont kann nicht genannt werden.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
